

INTERVIEW

mit Medienwissenschaftlerin Sabine Schiffer

Strategische Kommunikation, Kriegspropaganda und die Rolle der Medien



© Anje Lenz von Koltow

POLITIKUM: Wie nehmen Sie den öffentlichen Diskurs zum Krieg gegen die Ukraine in Deutschland wahr?

Sabine Schiffer: Immer noch stark dichotom polarisiert, obwohl im Vergleich zu den ersten Wochen nun mehr Hinterfragen erkennbar ist. Aber nicht aus der Einsicht heraus, dass jeder Krieg ein Fehler ist und schließlich mit den Verhandlungen endet, die man anfangs nicht führen will, sondern wohl eher aus Sorge um das eigene Auskommen mit Blick auf die sich abzeichnende Energiekrise. Diese wird Putin als Aggressor allein zugewiesen, während sie auch auf die adhoc-Entscheidungen, die zu Beginn des russischen Einmarschs in die Ukraine getroffen wurden – anders als bei anderen völkerrechtswidrigen Angriffskriegen – und auch auf das jahrzehntelange Versäumnis zurückgehen, die notwendige Energiewende umzusetzen; die Ressourcen sind ja nicht nur endlich, sondern auch ein offizieller Kriegsgrund, mindestens seit der Nato-Doktrin von 1999.

POLITIKUM: Was bedeutet für Sie „dichotom polarisiert“?

.....
Prof. Dr. Sabine Schiffer gründete 2005 das ‚Institut für Medienverantwortung‘ in Erlangen, das mittlerweile in Berlin ansässig ist und das sie weiter leitet. 2018 wurde sie auf eine Professur für Journalismus und PR-Kommunikation an die Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Frankfurt/M. berufen.

Das Interview führte POLITIKUM-Mitherausgeber Johannes Varwick.

Sabine Schiffer: Es scheint eine feste Trennlinie zu geben. Entweder ist man für oder gegen die Ukraine, für oder gegen Russland, wobei Solidarität mit dem Angriffsoffer fast ausschließlich mit Waffenlieferungen gleichgesetzt wurde; und somit ist man für oder gegen Waffenlieferungen. Diese Diskursverengung arbeitet denen zu, die den Krieg aus geostrategischen Gründen gerne hinnehmen oder gar noch ausweiten wollen. Er ist ja leider auch ein großes Geschäft für manche. Und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass einige die vermeintliche Gunst der Stunde genutzt haben, um alte Konzepte aus Schubladen zu ziehen, die man längst abgelegt hatte: Atom- und Kohlekraft, Fracking-gas, lange Energietransportwege und viel Schädliches mehr; also eine weitere Verschleppung der dringend notwendigen Energiewende. Das Leiden in der Ukraine tritt außerdem langsam hinter die eigenen Sorgen zurück. Zudem könnte der vermeintliche „Kampf für unsere Freiheit“ wie der in Afghanistan enden, wo ja angeblich unsere „Freiheit am Hindukusch verteidigt wurde“, sich aber plötzlich die Interessenlage änderte und man auf all die hehren Kriegsgründungen von zuvor nun pfeift und die Menschen im Stich lässt.

POLITIKUM: Was wäre Ihrer Auffassung nach die Aufgabe der Medien in komplexen Lagen wie dem Krieg in der Ukraine?

Sabine Schiffer: Auffällig war zu Beginn des offiziellen Einmarschs russischer Truppen in die Ukraine die Diskrepanz im Mediendiskurs zwischen dem betonten Zeigen grausamer Bilder auf der einen Seite und dem wiederholten Hinweis auf der anderen, dass man die Meldungen von offiziellen Stellen nicht unabhängig

überprüfen könne. Letzteres wird beibehalten und ist ein Fortschritt im Vergleich zur Berichterstattung aus anderen Kriegen, wenn denn überhaupt über diese berichtet wird. Dennoch fehlt es immer noch an Transparenz klar zu sagen, wo man aufgrund welcher Behinderung nicht oder zu spät hinkommt, um sich ein möglichst unabhängiges Bild von der Lage vor Ort zu machen. Das würde auch etwas über mögliche Interessen – der jeweils Verantwortlichen – aussagen. Bezüglich der erwähnten Bilder fehlt oft eine klare Trennung zwischen dem Zeigen von Grausamkeiten und den Erklärungsmöglichkeiten für das Zustandekommen der Situation und eben der Bilder – also das, was Journalisten früher vor Ort recherchierten, während die Filmrollen im Flugzeug in Richtung Heimatredaktion transportiert wurden. Mit der Schnelligkeit der Informationsübermittlung ist auch die Interpretation schneller geworden und diese frühen Framings erschweren oder verhindern dann vielleicht sogar weitere ergebnisoffene Recherche. Oder aber deren eventuell abweichenden Erkenntnisse gehen im nächsten Schrecken unter. Es bleibt die Hauptaufgabe der Medien, auch bei klarer Schuldzuweisung für den Angriff mit Unvoreingenommenheit Behauptungen zu prüfen und die Sachverhalte zu verifizieren. Wobei sich darum ja auch viele Fixer/Stringer als einheimische Journalisten vor Ort bemühen. Ob die Heimatredaktion dann alles genauso weitervermittelt, ist eine andere Frage und eine verantwortungsvolle Aufgabe, weil sie näher an der politischen Stimmung in den Empfängerländern ist – und das hat Vor- und Nachteile. So erging es auch mir mit einem Interview für einen großen öffentlich-rechtlichen Sender, das Anfang März einfach nicht in die Dramaturgie der Sondersendung passte und nicht gesendet wurde.

POLITIKUM: Sie sehen also einen verengten Debattenraum?

Sabine Schiffer: Ja. Zum Verstehen und zur möglichen Lösungsfindung wäre natürlich das Ausleuchten der Hintergründe und Zusammenhänge erforderlich, statt den auffälligen Verkürzungen zuzuarbeiten, die auf strategische Kommunikation hindeuten. Ein verengter Debattenraum erleichtert Propaganda und die ist immer von allen Seiten zu erwarten; auch in diesem Fall sind das nicht nur zwei. Wer diese Standards als „Relativierung“ denunziert, betreibt genau das: Relativierung der eigenen Werte durch Doppelstandards. Das darf die PR, aber nicht der Journalismus. Ich unterlasse

es tunlichst, die Kriegslage beurteilen zu wollen oder gar Militärstrategien zu erörtern auf Basis der unsicheren Faktenlage, sondern versuche den Überblick zu behalten. Dazu würde auch gehören, neben Putin auch andere Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen. Medien könnten verstärkt darauf hinweisen, dass der Internationale Gerichtshof in Den Haag noch immer nicht von allen Staaten anerkannt wurde, also auf die systemische Stärkung internationaler Organisationen abzielen statt auf kurzichtiges Klein-Klein.

POLITIKUM: Was genau meinen Sie mit „verkürzten Debatten“?

Sabine Schiffer: Dazu gehört zum Beispiel die Floskel von der „Unabhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen“, denn eigentlich müsste man die „Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen“ fordern. Sonst hilft man dabei, die Klimakrise und Umweltzerstörung zu ignorieren und dem Homozid zuzuarbeiten zum Nutzen kurzzeitiger Profitinteressen in einem umkämpften Energiemarkt. Dazu gehört auch die Recherche unsinniger Bestimmungen zum Einspeisen regenerativer Energien, die sogar angesichts der Energiekrise greifen und Strom unnötig verknappten und verteuern, um nur einen weiteren Aspekt zu nennen. Wer die russische Annexion der Krim zum Auftakt der Ukrainekrise 2014 erklärt und weder den EU-Assoziierungsvertrag und das Ausschalten des damaligen Präsidenten Janukowitsch noch die Ungeheimheiten rund um die Maidan-Proteste erwähnt, verkehrt die Tatsachen durch das Weglassen von Fakten. Und nein, diese Faktennennung ist keine Relativierung, sondern Standard. Diese Fakten ändern nichts an der Verantwortung für den Angriff Russlands, aber wenn sie zur Erklärung dazugehören, wäre es fahrlässig sie zu ignorieren – es sei denn, man ist nicht an einer Lösung interessiert. Eine weitere Reduktion der Komplexität um diesen Krieg ist die Kaprizierung auf Russland und die Ukraine alleine, anstatt den geopolitischen Kontext sichtbar zu machen. Wie immer wäre es auch hier vonnöten, jedes Doppelmaß aufzudecken im Sinne einer Vierten Gewalt. Hingegen verspielt man seine eigene Glaubwürdigkeit, wenn man beispielsweise den Angriff Aserbaidschans auf Armenien nicht in gleicher Weise verurteilt, von anderen, unbehelligt weiter betriebenen Konfliktzonen in der Welt ganz zu Schweigen. Wenn man nämlich die gleichen Maßstäbe für alle anlegen würde, müsste man mehr anprangern. Wir werden beobachten können, ob etwa politisches Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer

dieser Welt gefordert wird oder nur instrumentell für bestimmte. Letzteres darf die Politik, Medien müssten dann Einseitigkeiten aufdecken.

POLITIKUM: Krieg, so der preußische Kriegstheoretiker von Clausewitz, ist das „Gebiet der Ungewissheit“ und findet weitgehend „im Nebel“ statt. Wie sollten Medien damit umgehen und wie gehen sie tatsächlich damit um.

Sabine Schiffer: Besonders wichtig ist ein Bewusstsein dafür, dass man selbst als Vehikel für Propaganda eingeplant ist – von allen Seiten. Medien veredeln ja gewissermaßen die Inhalte, die sie bringen, weil das Medienpublikum erwartet, dass sie auf Herz und Nieren geprüft wurden. Es gibt da einiges Verbesserungspotential. Wir könnten und müssen aus den Erfahrungen aus anderen Kriegen lernen, etwa dem in Jugoslawien in den 1990er Jahren, wo es anschließend in den Medien (zu Beginn der 2000er Jahre) eine selbstkritische Debatte über die eigene Rolle gab. Die WDR-Story „Es begann mit einer Lüge“ leistete dazu einen wichtigen Beitrag. Man kann ja auch ungewollt Kriegspropaganda betreiben, jenseits der in einigen Mediengesetzen verankerten Friedenspflicht. Tatsächlich musste man sich nach der völkerrechtswidrigen Abspaltung des Kosovo – der übrigens bis heute nicht befriedet ist – die Frage gefallen lassen, ob man als Medien der idealtypischen Rolle einer Vierten Gewalt, einer Kontrollinstanz von Macht und Interessen, nachgekommen war. Dies war nicht der Fall. Viele Medienvertreter hatten – der Politik nachplappernd – im „Medienkrieg“, wie Nato-Sprecher Jamie Shea ihn richtig nannte, kritische Stimmen, etwa

die Peter Handkes, verunglimpft und letztendlich die Nato-Position vertreten und mit den falschen Massakerbildern eines Rudolf Scharping dazu beigetragen, dass deutsche Soldaten sich an Kriegen im Ausland beteiligen: eine echte Zeitenwende nach dem „Nie wieder Krieg!“ im Nachgang zum Zweiten Weltkrieg, in dessen Kontext die lange umstrittene Bundeswehr ja als „Verteidigungsarmee“ auf deutschem Boden legitimiert wurde.

POLITIKUM: Sehen Sie Informationspolitik in Kriegen also auch als ein politisches Mittel?

Sabine Schiffer: Ja und als Teil strategischer Kommunikation von Regierungsseite(n) – das muss man in jedem Einzelfall neu analysieren. Während im Irakkrieg der embedded journalism als Teil eines umfassenden Zensurprogramms erfunden wurde, gibt es in Zeiten von Social Media andere Strategien, die eher in Richtung Zuschütten mit ununterscheidbaren Facts and Fakes gehen. „Fake-News“ ist jedoch nur ein neues Wort für ein altes Phänomen, die gab es schon immer und sie sind auch uns hier nicht fremd und schon gar keine Internetspezifik. Während man sich nun bemüht, die Strategien von russischer Seite kritisch in den Blick zu nehmen, scheint man zu übersehen, dass Desinformation natürlich auch von ukrainischer Seite betrieben wird, wie auch von Seiten diverser Geheimdienste und wiederum der Nato. Und wenn man deren Kooperation mit dem EAD, dem Auswärtigen Dienst der EU, betrachtet – etwa in Gestalt der strategischen Kommunikationsplattform East StratCom Task Force, die Journalisten brieft –, dann muss man auch stärker die EU als politischen Akteur an der Seite der Nato auf der Weltbühne betrachten, die alle um Einfluss und Kontrolle ringen. Die Ukraine droht dazwischen zerrieben zu werden. Dagegen wird auch das internationale „Ukraine Communications Support Network“ – ein Zusammenschluss von PR-Beratern – kaum etwas ausrichten.

POLITIKUM: Haben Sie also den Eindruck, dass vereinseitigende Tendenzen in der medialen Berichterstattung vorherrschen?

Sabine Schiffer: Nun ja, das sollte schon deutlich geworden sein. So zu tun, als hätte Putin den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg erfunden, ist natürlich überaus einseitig. Es ist nicht nur historisch naiv, sondern bereits Teil der genannten Propaganda. Nur wenige Journalisten



© picture alliance / ZUMAPRESS.com

hinterfragen das Doppelmaß, das sich nicht nur im Ausblenden anderer völkerrechtswidriger Kriege und dem Fakt zeigt, dass diese bei Verübung durch Freundstaaten keine Sanktionen nach sich zogen, sondern auch darin, dass man diese Relativierungen ignoriert und umgekehrt den Spin bedient, dass die Kontextualisierung der Verbrechen in der Ukraine „Whataboutism“ sei. Ein wahres Meisterstück der Propaganda. Ponsonby lässt grüßen. Kant dreht sich im Grab. Die Idealisierung der

*Wichtig ist ein Bewusstsein dafür,
dass man selbst als Vehikel
für Propaganda eingeplant ist*

Ukraine als Angriffsoffer ist gewissermaßen verständlich, zumal Präsident Selenskyj als Medienprofi seine Aufgabe gut macht. Die Korruption, die in vergangenen Leaks nachgewiesen wurde, tritt hinter die Kriegsgräueltaten zurück und gehört in dem Kontext auch nicht oben auf die Agenda. Aber auch diesbezüglich werden die Stimmen differenzierter, wie mir scheint, dabei ist es eine Binse, die hier wie immer gilt: Die Bösartigkeit des einen macht aus dem anderen noch keinen Engel. Und homogene Gruppen gibt es nicht.

POLITIKUM: Gibt es bereits empirische Studien, die diese Befunde in den Blick nehmen?

Sabine Schiffer: Mir sind noch keine bekannt. Eine Ausnahme bildet die permanente Arbeit von Prof. Marlis Prinzing, die bereits frühzeitig im Arbeitskreis Qualität im Journalismus erste Beobachtungen und Auswertungen vorstellte, die den Medien in der Kommentierung der Kriegseignisse einen hohen Grad an Kriegsaktivismus bescheinigten. Prinzing betont etwa im Online-Portal Meedia: „Es besteht kein Grund, das journalistische Distanz-Prinzip über Bord zu werfen.“ Inzwischen gibt es erste Daten über die Mediennutzung, dass Menschen den schlechten Nachrichten ausweichen, wenn sie zu massiv sind. Gut aber, dass wir das Fehlen repräsentativer Studien hier nochmal klarstellen – Sie fragten mich ja nach meinen Einschätzungen. Tatsächlich kann ich nur mit subjektiven bzw. selektiven Eindrücken aufwarten insofern, als ich natürlich nicht täglich umfassend alle Medien im Blick haben kann. Damit die Lesenden das besser einordnen können: Mein Leit- und Magen-Medium

ist der Deutschlandfunk. Darüber hinaus konsultiere ich wechselnd große Tageszeitungen und online den Spiegel und t-online. Hinzu kommen die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen TV-Sender, wenn mir meine Twitter-Algorithmen etwas Auffälliges in die Timeline spülen. Ach ja, und die Satire-Formate nicht vergessen, die konsultiere ich regelmäßig und sie übernehmen nicht selten die Funktion einer Vierten Gewalt. Empirische Studien zum Mediendiskurs über diesen Krieg müssen das systematisch untersuchen, was entsprechend aufwändig ist und für gewöhnlich lange dauert, während die Menschen weiter sterben.

POLITIKUM: Da sehen Sie also Forschungsbedarf?

Sabine Schiffer: Meine Beobachtungen und daraus resultierenden Überlegungen, die auf eine langjährige medienanalytische Erfahrung ebenso aufbauen wie auf die in der Propagandaforschung, möchte ich als Anregung verstanden wissen, dem weiter kritisch auf den Grund zu gehen – und bitte auch gerne Gegenthesen zu prüfen! Denn die Analyse muss stimmen, sonst stimmen auch die aufgezeigten Lösungswege nicht. Aufgrund meines bisherigen Eindrucks scheint mir etwa eine Reduktion der Problematik zur Beendigung des Krieges auf Russland und die Ukraine allein schon verkürzt. Zu Beginn des Krieges ist in der Nähe von Lviv/Lemberg ein Nato-Trainingslager bombardiert worden, das es gar nicht geben durfte. Sprich: Wenn es tatsächlich um Sicherheitsinteressen von Nato, Russland, der Ukraine und weiterer Anrainerstaaten sowie Europa geht, dann wäre auf der Nato-Russland-Ebene ebenso zu verhandeln wie auf der zwischen Ukraine und Russland usw.; den ersten Teil ausblenden zu wollen, ist ein Signal zur Verlängerung des grausamen Krieges. Die Problematik auf dieser Ebene anzunehmen, würde aber bedeuten eine weitere anzugehen: Wie soll man es völkerrechtlich regeln, dass ein Exekutivorgan wie die Nato einen Verhandlungsstatus bekommt? Letzteres deutet auf ein tieferliegendes Problem hin, das man offensichtlich in der Vierten Gewalt bisher übersehen hat und das an die UNO zu adressieren wäre, nämlich den Hybridstatus der Nato als Zwittergebilde zwischen militärischer und politischer Macht zu hinterfragen. Auf jeden Fall wird spätestens an dieser Stelle deutlich, dass die Behauptung, man hätte dem Angreifer Putin schon ernst zu nehmende Verhandlungen angeboten, schlicht falsch ist.

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:
DOI <https://doi.org/10.46499/1835.2550>